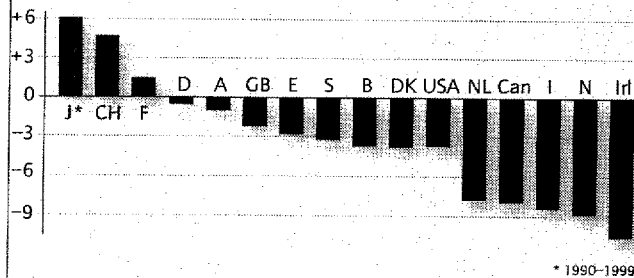


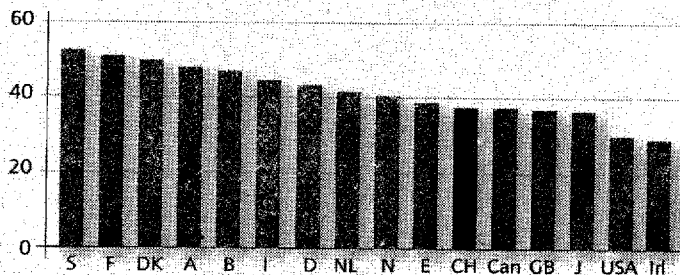
## Bund, Kantone und Gemeinden haben tief in die Staatskassen gegriffen

Trotz Anstieg ihrer Staatsquote um 4,7 Prozent befindet sich die Schweiz noch im Mittelfeld der OECD-Länder

Entwicklung der Staatsquote 1990–2000, in %-Punkten



Staatsquote 2000, in % des BIP



\* 1990–1999

SONNTAGSZETUNG Steinhilber, Quelle: economieuisse

# Das Pulver verschossen

Politiker waren im letzten Jahrzehnt zu ausgabenfreudig, jetzt fehlt das Geld

**ZÜRICH** Seit Donnerstag ist es sozusagen amtlich: Weil weit und breit keine Anzeichen einer konjunkturellen Erholung zu sehen sind, hat das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) den Aufschwung um ein halbes Jahr auf 2004 verschoben.

Damit stehen die Zeichen endgültig auf Sturm. Denn gleichzeitig droht ein Loch in der Bundeskasse von 3,3 Milliarden Franken. Das hat Finanzminister Kaspar Villiger letzte Woche dazu bewogen, ein umfassendes Sanierungspaket zu präsentieren. Das Dilemma der Politiker wird damit unübersehbar: Sollen sie Ausgaben senken und eine Rezession riskieren? Oder Defizite machen und den Schuldenberg weiter ansteigen lassen?

Grundsätzlich sind sich alle einig. Ausgabenenkungen oder gar Steuererhöhungen sind Gift für die gegenwärtig flauere Konjunktur. Das heisst aber nicht, dass das Defizit gleich auf 8 Milliarden Franken steigen muss. Eine entsprechende Aussage von KOF-Chef Bernd Schips im «Cash» hat vorab bei bürgerlichen Politikern Kopfschütteln ausgelöst.

Dabei sind es gerade diese Kreise, die das Desaster zu verantworten haben. Mitte der Neunzigerjahre, als die Arbeitslosigkeit in der Schweiz steil anstieg, verlangte die FDP eine Rosskur für die Bundesfinanzen und forderte lineare Kürzungen der Ausgaben um 15 Prozent. Doch es blieb bei der Absichtserklärung. Kaum sprudelten die Einnahmen erneut, richtete das bürgerlich dominierte Parlament in Bern wieder mit grosser Kelle an.

Heute steht die Schweiz vor einer Situation, die der St. Galler Wirtschaftsprofessor Franz Jaeger als «fatal» bezeichnet. Denn zum strukturellen Defizit kommt jetzt noch ein von den Finanzpolitikern weit unterschätztes konjunkturelles Defizit hinzu. Jaeger: «Die Todsünden der Neunzigerjahre bekommen wir jetzt zu spüren» (siehe Interview).

Die Entwicklung gibt Jaeger Recht: Zwischen 1990 und 2000 stieg die Staatsquote (Ausgabenanteil von Bund, Kantonen, Gemeinden und Sozialversicherungen am BIP) in der Schweiz um 4,7 Prozent auf gegen 40 Prozent. Gleichzeitig ist

die Fiskalquote mit einem Plus von 5,3 Prozent OECD-weit am stärksten angewachsen. Die Ausgabenfreudigkeit der Politiker hat weiter dazu geführt, dass sich der staatliche Schuldenberg innerhalb von zehn Jahren fast verdoppelt hat.

Bereits früher hat Professor Jaeger die volkswirtschaftlichen Langzeitwirkungen als verheerend beurteilt: Zum einen werde früher oder später der Ruf nach einer Steuererhöhung laut. Zum anderen würden die strukturellen Defizite die Staatsschuld ansteigen lassen und so den staatlichen Schuldendienst vergrössern. Das aber schränke den künftigen sozial-, bildungs- und infrastrukturpolitischen Handlungsspielraum empfindlich ein.

Der ausufernde Staatsapparat wirkt sich auch negativ auf die Konjunktur aus. Ein Durchschnittshaushalt in der Schweiz muss bis Mitte Juli Geld verdienen, um seine Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und Zwangsabgaben zu bezahlen. Das schränkt den Konsum ein – die gegenwärtig einzige Stütze der schleppenden Konjunktur. RETO THÖNY